

Niederschrift

SA/015/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Rheine
am 08.03.2023

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Mitglieder:

Frau Marlen Achterkamp	CDU	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzende
Herr Sascha Drescher	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Janine Heile-Limberg	FDP	Ratsmitglied
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Claudia Kuhnert	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Abdeslam Nordine		
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr André Schaper	SPD	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Markus Tappe	CDU	Ratsmitglied
Herr Lars Wever	SPD	
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Cornelia Baars	Sprecherin der Stadtschulpflegschaft
Frau Maja Dirks	Stadtschüler/-innenvertretung
Frau Doris Hasenkamp-Jakob	Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche

Herr Vincenzo Pirone

Sachkundiger Einwohner f.
Integrationsrat

Frau Dorit Tönjes

Sachkundige Einwohnerin f.
Familienbeirat

Vertreter:

Herr Tobias Frönd

Vertretung für Frau Linda
Rezmer

Herr Heinz-Jürgen Jansen DIE LINKE

Vertretung für Herrn
Thomas Schürmann

Frau Verena Kaisal CDU

Vertretung für Herrn Stefan
Gude

Frau Ulrike Stockel SPD

Vertretung für Herrn Udo
Mollen

Gäste:

Frau Beatrix Meyer

Sprecherin der Grundschu-
len

Frau Sandra Matzelle

Sprecherin der Stadtschul-
leiterkonferenz

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann

Beigeordneter

Frau Wiebke Gehrke

Leiterin Fachbereich 8

Frau Sandra Jürriens

PV Schulverwaltung

Frau Marica Mrozek

Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude CDU

Ratsmitglied/Vorsitzender

Mitglieder:

Herr Udo Mollen SPD

Sachkundiger Bürger

Herr Thomas Schürmann DIE LINKE

Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Linda Rezmer

Sachkundige Einwohnerin f.

Herr Eckhard Roloff

Beirat für Menschen mit
Behinderung

Ausschussmitglied Vertreter
der ev. Kirche

Herr Schaper eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine.

Aus organisatorischen Gründen werden die Tagesordnungspunkte 6 und 7 in der Reihenfolge getauscht.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung am 11.01.2023

Es erfolgen keine Anmerkungen.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen zur Verfügung gestellten Informationen. Den Informationen ist ebenfalls ein Antrag von Udo Mollen im Namen des Stadtsportverbands Rheine bezüglich des Projekts „Rheine lernt schwimmen“ sowie eine ausführliche Projektbeschreibung beigefügt. Es solle eine Vorlage für die nächste Sitzung vorbereitet werden, um den Antrag ordnungsgemäß zu beraten.

Die CDU regt an, dass die Stadt Rheine überprüfen solle, ob das Projekt auch auf die Kindertagesstätten erweitert werden kann, etwa in Form einer Wassergewöhnung.

3. Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**4. Bestellung stellvertretende Schriftführung
Vorlage: 089/23**

Der Schulausschuss bestellt gem. § 52 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 58 Abs. 2 und 7 GO Frau Heike Theising zur stellvertretenden Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. Neubenennung eines Vertreters/ einer Vertreterin für die Förderschulen im Arbeitskreis Schulstruktur
Vorlage: 096/23

Herr Gausmann weist daraufhin, dass bei der UWG, der SPD sowie bei den GRÜNEN die Nachbenennung eine Vertretung für Ihre Fraktion im Arbeitskreis Schulstruktur ausstehe.

Herr Ortel benennt für die UWG den sachkundigen Bürger Heiko Schomaker als Vertreter im Arbeitskreis Schulstruktur.

Frau Stockel äußert, dass die SPD die Meldung nachreiche.

Herr Krage ernennt Abdeslam Nordine als Vertretung für die GRÜNEN im Arbeitskreis Schulstruktur.

Beschluss:

Der Schulausschuss benennt als Vertreterin der Förderschulen im Arbeitskreis Schulstruktur Frau Barbara Kammer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Jahresbericht 2022 und die Planung 2023 der städtischen Musikschule
Vorlage: 086/23

Es handelt sich um Tagesordnungspunkt neu 6 (alt 7).

Herr Gausmann geht näher auf die personellen Aspekte der Vorlage ein. Der Fachkräftemangel betreffe auch die Musikschule. Es bestehe bereits ein angemessenes Verhältnis zwischen Honorarkräften und festangestelltem Personal, jedoch plane die Stadt Rheine, weiteren Honorarkräften ein festes Arbeitsverhältnis anzubieten. Die personalwirtschaftlichen Maßnahmen hätten auch den Hintergrund, die Stellen von Mitarbeitenden, welche 2024 den Ruhestand antreten, nachzusetzen. Des Weiteren spricht sich Herr Gausmann lobend über das breit aufgestellte Ensemble der Musikschule aus.

Weiter führt Herr Gausmann aus, dass der Haushaltsplan mittlerweile vom Kreis satzungsrechtlich zur Kenntnis genommen worden sei. Im Rahmen der Haushaltsplanung 2023 sei beschlossen worden, die Musikschulgebühren um fünf Prozent zu erhöhen. Allerdings könne die Gebührenerhöhung ohnehin erst zum 1. Juni umgesetzt werden und der Stadt Rheine habe Sondermittel aus dem Stärkungspakt Armut erhalten. Daher werde für die Schulausschusssitzung im Juni eine Vorlage erstellt, welche den Beschlussvorschlag beinhalte, die geplante Gebührenerhöhung bis 2024 auszusetzen. Dies sei aufgrund der Stärkungspaktmittel kostenneutral und würde den Familien entgegenkommen, die bereits inflationsbedingt belastet seien.

Herr Gausmann gibt das Wort weiter an Frau Kösters, Leitung der Volkshochschule. Sie betont, dass der Fachkräftemangel eine Herausforderung sei und dem u.a. nur mit einer adäquaten Bezahlung zu begegnen sei. Aus diesem Grund bittet sie die Politik, mehr Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken und sich für eine Anpassung der Stellenbewertung der Musiklehrerinnen und Musiklehrer einzusetzen. Des Weiteren stellt sie die Genese der Vorlage dar.

Aus dem Kreis der Schulausschussmitglieder wird geäußert, dass es auf höheren Ebenen ebenfalls an „Stellschrauben gedreht“ werden könne, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken, etwa bei den hohen Eingangshürden an Universitäten. Eine Fraktion äußert die Idee, bereits vor-

handenes Personal aus dem Bereich des offenen Ganztags fortzubilden, um zukünftig, Fachpersonal nicht zu ersetzen, aber unterstützen zu können.

Frau Kösters erläutert, dass es im Kitabereich bereits Modelle gebe. Hier würden Kitamitarbeitende geschult werden, sodass sie Kinderlieder instrumental begleiten können, um die Kinder so zu musikalizieren. Musikunterricht müsse weiterhin von ausgebildeten Musiklehrerinnen und -lehrern durchgeführt werden.

Herr Gausmann sagt zu, den Ideenansatz in verschiedene Ausschüsse mitzunehmen. Die Qualifizierung von Quereinsteigern, würde die einzige Möglichkeit sein, die Vermittlung von Basiskenntnissen zu ermöglichen. Im Bereich der Spitzenförderung werde in jedem Fall hochqualifiziertes Fachpersonal benötigt.

Aus dem Teilnehmerkreis wird angemerkt, dass bei Umsetzung des Ideenansatzes, bedacht werden müsse, dass die Ziele einer adäquaten Bezahlung und Stellenbewertung des Fachpersonals nicht aus den Augen verloren werden dürften. Auch wenn Unterstützung Quereinsteiger da sei, dürfe der Mangel nicht kaschiert werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Jahresbericht 2022 und die Planung 2023 der städtischen Musikschule zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

7. Tätigkeitsbericht der Koordinationsstelle Schulsozialarbeit Vorlage: 073/23

Es handelt sich um Tagesordnungspunkt neu 7 (alt 6).

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage. Herr Gausmann betont, dass es sich bei dem Projekt „Lernen in Gemeinschaft“ in der Erprobungsphase befinde und das Projekt 2024 haushaltstechnisch auslaufe. Damit wäre das Programm für Kinder, die zwei Jahre an dem Projekt teilnehmen konnten und zum 01.08.2023 in die siebte Klasse kommen, beendet. In der Haushaltsplanung für 2024 und die Folgejahre müsse darüber beraten werden, ob das Programm ausgeweitet und/oder verändert werden solle. Mit der Vorlage würden Informationen zur Verfügung gestellt werden, um die Beratungen vorzubereiten. Darüber hinaus merkt Herr Gausmann an, dass das Projekt weit über den Standard von anderen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen hinausgehe. Dennoch sollte hier weiterhin investiert werden.

Auf Nachfrage erläutert Frau Möllers (Koordination Schulsozialarbeit) zu Punkt 9 der Vorlage „Ausblick 2023“, dass bei den Grundschulen, die Stelle im Bereich Sozialpädagogik / Schulsozialarbeit vom Jugend- und Familiendienst (jfd) besetzt werde, die Stellen für die „Helfenden Hände“ würden in der Trägerschaft des jeweiligen Betreuungsträgers an der Schule liegen. Das wäre an der Edith-Stein-Schule der jfd und an der Michaelschule der TV Jahn.

Mehrere Vertreter des Schulausschusses vertreten die Meinung, dass es ein Fehler sei, das Projekt für die bisher beteiligten Kinder zu beenden und bei den kommenden Fünft- und Sechstklässlern neu anzufangen. Die Kennenlernphase sei ein Gut, welches nicht aufgegeben werden sollte. Der Einsatz von weiterem Geld stelle eine gute Investition dar. Die CDU stellt den Prüfauftrag, das Projekt weiterhin fortzuführen.

Es wird folgender Prüfauftrag gestellt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung ein Konzept über die Weiterführung des Projekts „Lernen in Gemeinschaft“ für die siebten und achten Klassen zu erstellen.

Der Prüfauftrag wird einstimmig beschlossen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den Tätigkeitsbericht der Koordinationsstelle Schulsozialarbeit zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

**8. Erhaltungsaufwand an städtischen Gebäuden 2023
Vorlage: 095/23**

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage.

Es wird zum Punkt 2.4 der Vorlage hinterfragt, ob es im Jahr 2024 sinnvoll sei, das Dach der Sporthalle der Südeschule zu erneuern, wenn noch nicht feststehe, wie genau der Umbau des Schulgebäudes gestaltet werde. Herr Gausmann erläutert, dass in der Projektplanung drei verschiedene Varianten des Umbaus diskutiert werden würden. Keiner dieser Varianten sehe eine Sanierung bzw. Rückbau und Erneuerung der Sporthalle vor. Damit sei die Erneuerung des Daches der Sporthalle der Südeschule in 2024 unstrittig für die weitere Nutzung notwendig.

Es wird angeregt, dass die Gelder für Instandsetzungsmaßnahmen an vorhandenen Schulgebäuden angemessen verteilt werden müssen. Daher müsse noch mehr investiert werden, um die Ausstattung an allen Schulen auf einem vergleichbaren Niveau zu halten.

Des Weiteren diskutieren die Fraktionen über Einhaltung der empfohlenen Substanzerhaltungsschwelle von 1,2 % des Gebäudeneubauwertes. Der Richtwert sei in den letzten Jahren unterschritten worden. Dies habe zur Folge, dass der Investitionsbedarf für die kommenden Jahre umso höher sein müsse, damit der Erhaltungstau abgebaut werden könnte.

Herr Gausmann merkt an, dass um größere Geldbeträge sinnvoll investieren zu können, dementsprechend mehr Personal im Fachbereich 5 benötigt werde. Dies müsse bei zukünftigen Haushaltsplanungen berücksichtigt werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen zum Erhaltungsaufwand der städtischen Gebäude 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme]

**9. Zeitplanung Fortschreibung Medienentwicklungsplan
Vorlage: 069/23**

Frau Gehrke stellt die Genese der Vorlage dar. Der aktuelle Medienentwicklungsplan sei in 2017 mit einer Laufzeit von fünf Jahren beschlossen worden und nun sei es an der Zeit diesen fortzuschreiben.

Sie weist daraufhin, dass der aktuelle Digitalpakt bald auslaufe. Sie erklärt, dass momentan sehr hohe Anforderungen an die Verwendungsnachweise gestellt werden. Es müsse sehr kleinschrittig abgerechnet werden. Daher appelliert Frau Gehrke, darauf hinzuwirken, die Rahmenbedingungen für den Digitalpakt zu vereinfachen.

Frau Gehrke betont, dass der Zeitplan vorsehe, die Schulen möglichst in den Prozess einzubinden. Zurzeit werde an einer detaillierten Bestandsaufnahme zum Fortschritt der Medienentwicklungsplanung an den einzelnen Schulen gearbeitet. Diese werde nach Fertigstellung zeitnah als Information zur Verfügung gestellt werden.

Die Fortschreibung des Medienentwicklungsplans orientiere sich an den Empfehlungen der Medienberatung NRW. Der Zeitplan sei so gestaltet, dass zum Schulausschuss im November zumindest ein Vorentwurf eines Medienentwicklungsplanes vorgelegt werden könne, damit die Kosten zur Umsetzung geplant werden könnten.

Es wird erfragt, ob mit der Fortschreibung des Medienentwicklungsplans, weiteres Personal in der Schul-IT eingestellt werden müsse. Herr Gausmann erläutert, dass gemäß dem Personalbemessungsgutachten man sich darauf einstellen müsse, dass mit zunehmender Anzahl an zur Verfügung gestellten Endgeräten, der Personalbedarf in der Schul-IT steige.

Frau Reinke merkt an, dass das WLAN-Netzwerk an den Schulen nicht immer zuverlässig sei. Frau Gehrke sagt dazu, dass die Schul-IT mit Hochdruck an dem Problem arbeite. Bisher konnte die gewünschte Performance durch die Wartungssoftware noch nicht erreicht werden. Man stehe im Kontakt mit dem Betreiber der Access-Points, um eine zufriedenstellende Lösung für die Schulen zu erreichen.

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Basis des vorliegenden Zeitplans den Medienentwicklungsplan fortzuschreiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Jahresplanung Umsetzung MEP 2023
Vorlage: 068/23**

Frau Gehrke verweist auf die Vorlage. Der Medienentwicklungsplan sei entsprechend der Vorgaben umgesetzt worden. Neben 54 Klassenräumen sind im Jahr 2022 zusätzlich 447 Räume (beispielsweise Lehrerarbeitsplätze) technisch ausgestattet worden. Zuletzt weist Frau Gehrke daraufhin, dass die Stadt Rheine bei der Umsetzung des Medienentwicklungsplans auf den Erhalt von Angeboten bei den Ausschreibungen angewiesen sei.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Umsetzungsplanung für den Medienentwicklungsplan im Jahr 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

11. Anmeldeergebnisse der weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2023/24
Vorlage: 093/23

Herr Gausmann verweist auf die Vorlage. Bei den Zahlen handle es sich um eine Zwischenmeldung. Bis zum Sommer würden sich die Zahlen noch wesentlich entwickeln. Daher sollte mit Detailinterpretationen bis zur Oktoberstatistik gewartet werden. Es werde keine Schule als gefährdet angesehen. Inhaltlich und konzeptionell solle man sich mit der Beratung der Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer in Grundschulen zum Übergang in Klasse 5 auseinandersetzen.

Auf Nachfrage bezüglich der Anzahl an Ablehnungen an den weiterführenden Schulen teilt Herr Gausmann mit, dass es an der Euregio-Gesamtschule 11 Ablehnungen gegeben habe. An den anderen weiterführenden Schulen habe es zum Zeitpunkt der Datenabfrage keine Ablehnungen gegeben. Es sei nicht ausgeschlossen, dass es im Nachgang zu Ablehnungen kommen könnte.

Aus dem Mitgliederkreis wird erwähnt, dass nicht alle Eltern über das nötige Wissen über die Merkmale der verschiedenen Schulformen verfügen würden. Es bestehe ein Nachholbedarf, Eltern und Lehrkräfte an den Grundschulen darüber zu informieren. Herr Gausmann ergänzt, dass er in einem Termin der Schulministerin Feller nahegelegt habe, die Beratungskompetenzen der Grundschullehrerinnen und – lehrer dahingehend zu erhöhen.

Frau Matzelle berichtet, dass sie einen Gesprächstermin mit der Dezernentin vom Kreis Steinfurt habe, um darauf einzuwirken, dass die Abgrenzung der Schulsysteme für Grundschullehrerinnen und –lehrer in der Beratung deutlich werde.

Es wird angeregt, dass Informationsflyer zum Thema Übergang Grundschule – weiterführende Schule erstellt werden könnten, um Klarheiten für die Eltern zu schaffen.

Frau Meyer wirft ein, dass das Problem weniger in der Beratungskompetenz der Grundschullehrkräfte liege, sondern mehr darin, dass nicht alle Eltern erreicht werden könnten.

Herr Gausmann nimmt die Anregung des Flyers an, aber macht deutlich, dass digitale Medien zu bevorzugen seien, etwa die Verbreitung von Informationen über School-Fox oder Werbevideos für die unterschiedlichen Schulformen.

Es wird darauf hingewiesen den Flyer oder ein sonstiges, gewähltes Medium in leichter Sprache zu verfassen.

Die Fraktionen einigen sich darauf, dass aufgrund der sich noch entwickelnden Zahlen, die Beratung über die Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen erst im Juni in der Projektplanung vorgesehen werden solle. Im März sollen die vorläufigen Anmeldeergebnisse als Information zur Verfügung gestellt werden. Sollten die Zahlen zu diesem Zeitpunkt sich so abbilden, dass eine Beschlussfassung erforderlich werden würde, würden die Beratungen in diesem Fall vorgezogen werden.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt das Ergebnis der Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Kenntnisnahme

12. Anfragen und Anregungen

Herr Jansen meldet sich für die Fraktion DIE LINKE zur Wort. Die Fraktion befasse sich mit dem Thema Schulabbrüche. Sie möchte wissen, wie sich die Zahl der Schulabbrüche im Verhältnis vor und nach der Corona-Pandemie entwickelt habe sowie wie sich die Anzahl an Schülern ohne Schulabschluss darstelle und welche Schulen davon besonders betroffen seien. Außerdem solle in Erfahrung gebracht werden, welche präventiven Maßnahmen an den Schulen getroffen werden würden.

Herr Gausmann verweist auf das Landesprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“, welches beim Kreis angedockt sei. Dort werden Zahlen zu dieser Thematik aufbereitet. Diese würden nach Erhalt dem Schulausschuss zur Verfügung gestellt werden. Präventive Maßnahmen würden durch die Schulsozialarbeit vorgenommen werden.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Ende öffentlicher Teil: 18:12 Uhr